

Wirtschaftsforum der SPD e.V. (Hg.)

GEOECONOMICS

Ökonomie und Politik
in der Zeitenwende



Digitaler Sonderdruck/Auszug aus:

Wirtschaftsforum der SPD e. V. (Hg.)

GEOECO NOMICS

Ökonomie und Politik in der Zeitenwende



Besuchen und abonnieren Sie auch den **Blog politische Ökonomie** des Wirtschaftsforums der SPD e. V. unter **www.blog-bpoe.com**.



Dort erscheinen regelmäßig hochkarätige Beiträge zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen, frei zugänglich für alle – ohne Bezahlschranke.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0676-5

Copyright © 2024 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Hermann Brandner, Köln
Satz: Rohtext, Bonn
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2024

Besuchen Sie uns im Internet: **www.dietz-verlag.de**



DIETZ & DAS
Der Podcast zu Politik, Gesellschaft und Geschichte
Auf allen Podcast-Plattformen abrufbar.

Vorwort des Herausgebers.....11

Vorwort von Ministerpräsidentin Anke Rehlinger.....13

Geleitwort von Bundesminister Robert Habeck.....16

1.Geopolitik und Geoökonomie – Bedingungsfaktoren für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft.....21

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Welche Konsequenzen hat die geopolitische Zeitenwende für die Wirtschaftspolitik?.....23

Prof. Dr. Daniela Schwarzer

Europäische Handlungsfähigkeit in Zeiten von Krisen, Krieg und Transformation27

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.

Strategien gegen die geoökonomische Unsicherheit.....31

Matthias Machnig

Neue Realitäten - die Politisierung der Ökonomie und die Ökonomisierung der Politik.....35

Dr. Christoph Heusgen und Julia Hammelehle

Ein Balanceakt: Wirtschaftliche Sicherheit und Offenheit in der Zeitenwende.....39

Dr. Aleksandra Peeva

Geoökonomie stellt das Paradigma der Marktwirtschaft in Frage.....43

Prof. Dr. Peter Bofinger

Kann der US-Dollar seine dominante Stellung im globalen Finanzsystem behaupten?.....48

Omid Nouripour

Eine starke Währung für eine starke europäische Souveränität.....52

Margarita Mathiopoulos

Nur die Akzeptanz einer Multipolaren Weltordnung kann friedliche Koexistenz und Wettbewerb unterschiedlicher Systeme im 21. Jahrhundert sichern.....58

Dr. Steffen Angenendt, Dipl.-Pol. David Kipp und Dr. Anne Koch

Asyl- und Migrationspolitik in einer Zeit geopolitischer Krisen: Herausforderungen für Deutschland und Europa.....65

Marc Saxer

Der geoökonomische Wettbewerb zwingt zur Anpassung des Modells Deutschland.....73

Dr. Stefan Mair

**Geopolitik und Geoökonomie:
Die zunehmende Bedeutung von »Raum« in der Weltwirtschaft77**

Dr. Henrik Ahlers

Zukunft gestalten: Wir können, weil wir wollen, weil wir müssen.....81

2. Europa vor neuen Herausforderungen – Notwendige Schwerpunkte für die künftige EU-Kommission.....85

Stefan Löfven

Five years to shape a European Union that acts with purpose.....87

Dr. Rolf Mützenich, MdB

**Strategische Neuausrichtung:
Europas Antwort auf die Rückkehr von Geopolitik und Geoökonomie.....91**

Dr. Johannes Lindner und Dr. Nils Redeker

Priorität der neuen Kommission: die notwendige Transformation der EU.....95

Botschafter Michael Clauß

Europa unter Druck – was kommt auf die neue Kommission zu?99

Dr. Jeromin Zettelmeyer

Europa in der Triade – Herausforderungen und wirtschaftspolitische Antworten.....103

Achim Post, MdB

**Europa in und nach der Zeitenwende –
Mit Tempo an die Zukunftsaufgaben der Europäischen Union.....107**

Jens Geier MdEP und Rafael Javier Weiske

Durchwursteln als Perspektive?.....112

Christian Dürr, MdB

**Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit statt
Bürokratismus und Bedeutungsverlust – damit sich Europa für die Bürger rechnet.....117**

Univ.Prof. Dr. Michael Landesmann

Welche Zukunft hat der wirtschaftliche Wiederaufbau der Ukraine?.....121

**3. Wie weiter in der Globalisierung? –
Decoupling, Derisking, Resilience, Institutions.....129**

Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm

Mehr diversifizieren, neue Partner gewinnen.....131

Dr. Jörg Kukies

Die Zeiten ändern sich.....136

Svenja Schulze

»Mit solidarischer Steuerpolitik weltweit Ungleichheit bekämpfen«.....145

Hildegard Müller

Europa muss resilienter werden und die internationale Zusammenarbeit vorantreiben.....152

Thorsten Schäfer-Gümbel

Gebot der Stunde: Mehr internationale Zusammenarbeit, nicht weniger!156

Prof. Dr. Guntram Wolff

**Die Zukunft der internationalen Wirtschaftsordnung:
WTO und IWF in Zeiten geopolitischer Spannungen.....161**

Dr. Nils Schmid, MdB

**Demokratisierung der internationalen Ordnung –
Reformbedarf der Vereinten Nationen und der Bretton Woods Institutionen.....165**

**4. Renaissance der Industriepolitik? –
Industriepolitische Strategien
und Schwerpunkte in China, den USA und Europa.....169**

Prof. Tom Krebs, Ph.D.

Inflation Reduction Act: Eine verpasste Chance für die deutsche Wirtschaftspolitik.....171

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Die Industriepolitik ist zurück – Jetzt braucht sie einen ordnungspolitischen Rahmen.....175

Jörg Wuttke

Kann Europa von China lernen?.....179

Dr. Katrin Kamin

Zwischen Plänen und Protektionismus:

Chinas Industriepolitik und vor welche Herausforderungen sie die EU stellt.....183

Dr. Stormy-Annika Mildner und Dr. Claudia Schmucker

Bidenomics – Renaissance der Industriepolitik in den USA188

**5. Neue Allianzen? – Wie weiter in der
Handels-, Energie-, Rohstoff- und Technologiepolitik?199**

Bernd Lange, MdEP

Homeland Economics oder offene strategische Autonomie.....201

Simone Menne

Basis für Deutschlands Wachstum und Wohlstand bleiben offene Märkte208

Melanie Vogelbach

Wie kann die EU ein besserer Handelspartner werden?.....213

Kerstin Andreae

Die deutsche Energiewirtschaft

im Zeichen von grüner Transformation und Zeitenwende.....217

Prof. Dr. Ines Zenke

Vom großen Krisenschock zum »New Normal« –

Wie die deutsche Energiewirtschaft endlich krisenresilient?.....222

Corinna Enders und Judith Kühne

Die Transformation braucht nationale und internationale Partnerschaften.....226

Markus Exenberger

Die Macht der Transformation:

Wie nachhaltiger Wasserstoff die Energiepolitik neu definiert.....230

Dr. Franziska Brantner

Rohstoffpolitik in der Zeitenwende233

Dr. Ferdinand Pavel

Klimaneutralität und Entkopplung von China: Europas technologischer Scheideweg.....238

Ansgar Baums

Auf dem Weg zur Wirtschafts-NATO?242

Julian Müller-Kaler

Der Beginn eines neuen Kalten Technologiekrieges246

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren.....251

Literatur und Anmerkungen.....257

Homeland Economics oder offene strategische Autonomie

Jüngst waren auf der Titelseite einer Ausgabe des »The Economist« Schiffscontainer in einem stonehenge-förmigen Kreis angeordnet zu sehen. »The Economist« warnte in der Ausgabe vor den Risiken, die damit verbunden sind, den Handel der Geschichte zu überlassen, um das zu verfolgen, was er als »Homeland Economics« bezeichnete: eine »protektionistische, hochsubventionierte, interventionslastige Ideologie, die von einem ehrgeizigen Staat verwaltet wird«. Man muss nicht alle Ansichten und Rezepte von »The Economist« teilen, aber die Warnung sollte ernst genommen werden. Der Welthandelsbericht 2023 der WTO belegt, wie geopolitische Spannungen zu Friktionen der Weltwirtschaft führen und solche Tendenzen sich entwickeln. Ja, wir leben in einer Welt, die von zunehmenden Konflikten, Polarisierung, Konzentration bei der Kontrolle von Versorgungsketten und kritischen Rohstoffen, dem Einsatz von Energie als strategisches Verteidigungs- oder Angriffsinstrument, dem unzulässigen Einsatz von Subventionen und Dumping, heftiger Industriespionage und zunehmendem Protektionismus geprägt ist. Die Pandemie und die russische Aggression gegen die Ukraine haben diese Tendenzen nur noch verstärkt. Wir leben in einem Zeitalter der fragmentierten Globalisierung. Wir müssen jedoch sicherstellen, dass die Medizin, die wir zur Heilung dieser Übel verabreichen, uns und den Rest der Welt nicht noch zusätzlich schädigen.

Medizin der Vergangenheit zeigt Schwächen

Nach der ersten Präsidentschaft Donald Trumps war jedem klar, dass der »Washingtoner Konsens« - verstanden als eine Agenda der Handelsliberalisierung im Rahmen einer regelbasierten Ordnung - nicht mehr existiert und auch nicht mehr zurückkehren wird. Ironie der Geschichte: Die neue Politik in Washington war eine Hauptursache für das Ende des Washingtoner Konsenses. Mit dem Beibehalten der illegalen Zölle auf europäische Stahlimporte und dem Unterminieren der zweiten Stufe der Streitschlichtung in der WTO hat sich substanziell auch unter der Regierung Präsident Bidens

nicht geändert. Dies hat sich auf der WTO Ministerkonferenz (MC13) Ende Februar 2024 noch einmal deutlich gezeigt.

Die Vereinigten Staaten und China setzten schon länger auf wirtschaftliche Staatsführung und verknüpfen dies mit Sicherheitsinteressen. Es geht um die Kontrolle von Technologien und Lieferketten. Das wird immer mehr als Kern der nationalen Sicherheit verstanden.

Die USA beleben die Instrumente des Kalten Krieges (national security) wieder und setzen sie für neue Herausforderungen ein, gerade im Konflikt mit China. Hier hat sich etwas geändert in den letzten Jahren. Mit dem Inflation Reduction Act (IRA) und anderen Maßnahmen ist die neue Ausrichtung deutlich. Präsident Obama hat noch 2008/9 eine andere Position eingenommen (»Wir dürfen keine protektionistischen Signale senden«). Die staatliche Auftragsvergabe musste mit den Regeln der Welthandelsorganisation WTO vereinbar sein. Diese Einsicht sehen wir zur Zeit in den USA nicht mehr. Mit dem IRA ist zum einen eine deutliche Erhöhung der US-Wettbewerbsfähigkeit verbunden. Aber vor allem werden damit Investitionsentscheidungen zu Gunsten der USA beeinflusst, sodass Investitionen aus Europa abgezogen und die industrielle Basis des Euroraums geschwächt werden.

China hingegen ist von einer entwicklungsorientierten Wirtschaftspolitik zu einer sicherheitsorientierten, hegenominalen Agenda übergegangen. In den letzten Jahren, insbesondere nach dem WTO-Beitritt 2001, hat China eine rasante wirtschaftliche Entwicklung vollzogen und ist ein starker Wettbewerber geworden. Die Innovationskraft und Effizienz der chinesischen Industrie ist beeindruckend und der Wettbewerbsvorteil wird nicht mehr vordringlich durch niedrige Löhne generiert. China definiert strategische Industrien, in denen es auch global führen will. Skaleneffekte unterstützen die konsequente staatliche Industriepolitik, beschrieben z. B. in dem Konzept »Made in China 2025«. Ein Beispiel hierfür ist die Produktion von Elektroautomobilen. Die chinesischen Autoexporte haben sich seit 2020 fast verfünffacht und erreichten im Jahr 2023 5 Millionen Stück. Im letzten Quartal 2023 übertraf BYD zum ersten Mal Tesla in der Produktion von Elektroautomobilen. Inzwischen werden in China mehr Elektroautos gebaut und abgesetzt als in allen anderen Regionen zusammen. Die chinesischen Hersteller von Elektroautomobilen verfügen heute über Kapazitäten für 75 Prozent der derzeitigen weltweiten Nachfrage. Allerdings ist eindeutig, dass es unfaire Praktiken u. a. bei staatseigenen Unternehmen, durch Subventionen und Dumping und bewusster Kontrolle von einzelnen Lieferketten und

Raffinerien von Rohstoffen gibt. So sind 80 Prozent der EU Antidumping-/ Antisubventionsmaßnahmen gegen China gerichtet.

Zudem ist der Washingtoner Konsens auch in Frage zu stellen, da die Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung, die Stärkung der Arbeitnehmerrechte und die Anforderungen des Pariser Klimaschutzabkommens keinen oder sehr begrenzten Widerhall im Regelsystem gefunden haben. Auch hier blieb die WTO-Ministerkonferenz (MC 13) farb- und ziellos. Einzelne mächtige Player wie Indien und China blockieren Fortschritt und Erweiterung des Regelwerkes. Dabei nehmen in Drittländern die Emissionen zu und die Abholzung von Wäldern geht unvermindert weiter. Der Multilateralismus ist nicht zielführend. Die EU- unilaterale Rechtsvorschriften, wie das Anti-Entwaldungsgesetz sind echte Umwelt- und Klimamaßnahmen und keineswegs ein neokolonialistisches oder neoimperialistisches Komplott der EU, wie manche behaupten. Dennoch müssen wir die Umsetzung richtig und partnerschaftlich angehen und dafür sorgen, dass der globale Süden mitzieht. Was die Entwaldung betrifft, so müssen wir sicherstellen, dass die sekundären Rechtsvorschriften und die Leitlinien es unseren Handelspartnern ermöglichen, die Erwartungen zu erfüllen. Wenn dies nicht der Fall ist, haben wir nicht nur ein Reputationsproblem, sondern auch unsere eigene Versorgung mit bestimmten Rohstoffen könnte in Gefahr sein. Es liegt auf der Hand, dass wir Drittländern technische und finanzielle Hilfe leisten sollten, um sie bei der Erfüllung neuer EU-Anforderungen zu unterstützen, und unsere unilaterale Rechtsvorschriften müssen den Kontext von Drittländern mit einbeziehen. Unsere unilaterale Rechtsvorschriften, insbesondere CBAM und Anti-Entwaldung, haben auch multilaterale Auswirkungen gehabt. Während das Klima früher von der WTO weitgehend ignoriert wurde, ist es seit einigen Jahren in aller Munde.

EU auf dem eigenen Weg

Die Europäische Union hat bei der Anpassung an die neue Realität in den letzten Jahren recht gute Arbeit geleistet. Wir haben den Dialog auf allen Ebenen aufrechterhalten und dort, wo wir mit multilateralen oder bilateralen Bemühungen keinen Erfolg hatten, haben wir unseren Binnenmarkt als Instrument für den Wandel genutzt. In dieser Legislaturperiode haben wir in der Handelspolitik vor allem erreicht, dass wir zum einen autonomer und zum anderen nachhaltiger geworden sind. Damit konnte das Konzept der offenen strategischen Autonomie mit Leben gefüllt werden. Wir verfügen nun

über Rechtsvorschriften, die gleiche und faire Ausgangs- und Wettbewerbsbedingungen schaffen und es uns ermöglichen, in unseren Beziehungen zu Drittländern für mehr Äquivalenz zu sorgen: Nach einem Jahrzehnt haben wir eine Einigung über ein internationales Beschaffungsinstrument erzielt, um bei öffentlichen Ausschreibungen ein Level Playing Field zu sichern. Wir haben erfolgreich über die Verordnung über wettbewerbsverzerrende ausländische Subventionen verhandelt und sie in Kraft gesetzt. Wir haben ein neues Instrument zur Bekämpfung von politischer Nötigung durch Handels- und Investitionsmaßnahmen erarbeitet. Nun sind wir in der Lage, bei Bedarf Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftliche Souveränität der EU zu verteidigen und gleichzeitig unseren WTO-Verpflichtungen in vollem Umfang gerecht zu werden. In einer zunehmend fragmentierten Welt muss die EU mehr nachhaltige Partnerschaften mit zuverlässigen Partnern aufbauen. Bilaterale Handelsabkommen sind Instrumente der Zusammenarbeit, die über Handelsbeziehungen hinausgehen und in unsicheren Zeiten für Stabilität und Marktzugang sorgen. Die Abkommen mit Kanada, Vietnam, Japan, nun mit Neuseeland, Kenia und Chile zeigen, dass Stabilität und Nachhaltigkeit mit verlässlichen Partnern sich erfolgreich im beiderseitigen Interesse organisieren lässt.

Welche Medizin ist die richtige für die Zukunft

Mit Blick auf die Zukunft ist das Thema »wirtschaftliche Sicherheit« das beherrschende Thema am Ende dieser Legislaturperiode und wird es wahrscheinlich auch in der nächsten sein. Angesichts zunehmender geopolitischer Spannungen und wachsender Handels- und Investitionsbeschränkungen weltweit hat die Europäische Union im Juni 2023 eine Strategie für wirtschaftliche Sicherheit verabschiedet und das mit einem weiteren Paket mit Maßnahmen und Diskussionspapieren im Januar 2024 ergänzt. Hier geht es um eine bessere Überprüfung ausländischer Investitionen in der EU, Diskussionen für eine stärkere europäische Koordinierung im Bereich der Ausfuhrkontrollen, Konsultationen über potenzielle Risiken von EU-Auslandsinvestitionen bei bestimmten Technologien, Diskussionen über Forschung und Entwicklung in Bezug auf Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und Überlegungen zu Maßnahmen zur Verbesserung der Forschungssicherheit. Mit diesen Schritten hat die EU erstmals die Themen Handel und Sicherheit verbunden. Und es scheint, dass in einigen Bereichen die Kommission sehr transatlantisch denkt. So ist nicht klar, wo bei Aus-

landsinvestitionen Europas Risiko liegt, es könnte sein, dass sich hier EU und US-Interessen nicht decken. Die EU muss zweifelsohne den eigenen Weg in der Konfrontation zwischen den USA und China finden. Die Veröffentlichung der wirtschaftlichen Sicherheitsstrategie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich plädiere aber dafür, vorsichtig vorzugehen. Unsere Maßnahmen müssen maßgeschneidert, faktenbasiert und chirurgisch sein, und wir müssen immer daran denken, dass der beste Weg zur Verringerung riskanter wirtschaftlicher Abhängigkeiten in der Diversifizierung von Risiken und der Erhöhung der Offenheit besteht und nicht im Gegenteil. Wichtig ist sicherlich, die europäischen Governance-Strukturen und gemeinsamen Risikobewertungen zu verbessern. Wir müssen in der Lage sein, längerfristige Entwicklungen in Peking und Washington zu bewerten und Maßnahmen europäisch zu entwickeln. Dazu bedarf es einer besseren Koordinierung, vielleicht neuer Strukturen, um das Silodenken zu überwinden. Wir müssen zudem enger zusammenarbeiten und ausreichende Mittel bereitstellen. Die europäische und die nationale Ebene sollten in die notwendigen Ressourcen investieren. Und zum dritten müssen wir auch Anpassung wagen und nicht davor zurückschrecken, frühzeitig zu bewerten, ob unsere Rechtsvorschriften geeignet sind, ihre Ziele zu erreichen.

Was die EU *nicht* tun sollte ist, einen Buy European Act zu entwerfen. Dies wäre mit der WTO unvereinbar und würde dem wirtschaftlichen Wohlstand auf lange Sicht abträglich sein, ebenso wie ein bedingungsloses Subventionsrennen. Denn es ist klar, dass wir uns nicht einlassen und schon gar nicht gewinnen können in einem Wettlauf der Subventionen unter protektionistischen und unfairen Praktiken.

Es gilt, sehr genau die Rolle des Binnenmarktes als wichtigstes wirtschaftliches Sicherheitsgut der Union weiter zu überdenken, hier gibt es fairen Wettbewerb, einen großen Markt und viele Möglichkeiten für die gegenseitige Nutzung von Kapazitäten. Daher ist die Weiterentwicklung des Binnenmarktes zentral. Insofern ist es richtig, dass Enrico Letta einen strategischen Bericht zum Binnenmarkt erstellt und diesen demnächst vorlegt. Die Empfehlungen sollten schnell geprüft und zur Umsetzung gebracht werden. Wenn in der fragmentierten Globalisierung wettbewerbsverzerrend und nicht fair agiert wird, müssen wir gerade unsere Transformation zielgerichtet fördern. Dabei ist sicherlich auch das japanische Konzept der »strategischen Unentbehrlichkeit« bei kritischen Technologien interessant, um in globalen technologischen Wertschöpfungsketten eine Führungsrolle ein-

zunehmen und gerade in technologischen Nischen präsent zu sein. Gleichzeitig sollte die Union ihre Bemühungen um Partnerschaften verstärken, da internationale und Handelsabkommen nach wie vor eine komparative Stärke darstellen. Der von der EU-Kommission vorgelegte Industrieplan geht, ebenso wie die neuen Beihilferegeln und die Gesetzgebungsentwürfe zur Rohstoffpolitik, zu Netto-Null-Emissionen-Produkten und Produktion sowie die Reform des Strommarktdesigns, in die richtige Richtung. Die Gesetzgebung zu Netto-Null-Emissionen-Produkten und deren Produktion ist gerade in der entscheidenden Phase. Es geht z. B. um die Erweiterung und Ergänzung der Technologielliste u. a. um Lade- und Tankstelleninfrastruktur für E-Mobilität, Wasserstoff und alternative Kraftstoffe, Technologien für hocheffiziente industrielle Verfahren und die Elektrifizierung für energie- und CO₂-intensive Industrien. Zentral sind dabei kürzere Fristen für die Verfahrensdauer: 9 bzw. 12 Monate und Genehmigungsfiktion im Falle des Ausbleibens einer Antwort innerhalb der genannten Verfahrensfristen. Neu ist die Möglichkeit der Ausweisung von sogenannten Netto-Null-Industrietälern oder besser Netto-Null-Industrie-Clustern zur Effizienzsteigerung für alle beteiligten Akteure. Bei all den Anstrengungen müssen aber sehr genau die Kriterien und Bedingungen für Aktivitäten im überwiegenden öffentlichen oder strategischen Interesse beachtet werden. Es darf nicht sein, dass hier Kostenfallen und unsinnige Begrenzungen erzeugt werden. Mit dem Programm Step soll die finanzielle Unterstützung von Projekten in technologischen Schlüsselsektoren, die als strategisch wichtig erachtet werden, gewährleistet werden. Dies soll mit der Umwidmung von Geldern aus bestehenden EU-Programmen und -Fonds in Höhe von ca. 10 Mrd. Euro erreicht werden mit möglicher Mobilisierung von Investitionen i.H.v. bis zu 160 Mrd. Euro. Wir sollten weiter prüfen, was wir bereits im Rahmen der bestehenden finanziellen Möglichkeiten mehr und koordiniert tun können. Wir haben den Rahmen für staatliche Beihilfen angepasst. Entscheidungen gilt es hier weiter zu beschleunigen. Es ist richtig, zielgerichtet die Entwicklung und Modernisierung der industriellen Basis durch Beihilfen zu stärken. So ist die jüngste Entscheidung der EU-Kommission, Fördermittel in Höhe von 902 Millionen Euro für den Bau der Batteriefabrik von Northvolt bei Heide zu bewilligen, wirklich zu begrüßen. Diese Maßnahme ist die erste genehmigte Einzelbeihilfe im Kontext der geänderten Beihilferegeln, die zielgerichtet zur Verhinderung der Verlagerung einer Investition in ein Land außerhalb Europas eingesetzt werden kann, um den negativen Effekt des

IRA auszuschalten. Eine große Herausforderung bleiben die Energiepreise. Wir müssen die Energiepreise deutlich in der energieintensiven Produktion auf ein wettbewerbsfähiges Niveau senken, um Raum für die Übergangszeit zu gewinnen.

Wir sollten die Herausforderungen nicht versuchen rein defensiv zu begehen, mit Decoupling, Reshoring, gar Friendshoring, mit Investitionskontrolle nach innen und außen und einer protektionistischen Industriepolitik. Nein, offensiv sollten wir unsere Infrastruktur erneuern, gezielt Technologien fördern, unsere Außenbeziehungen diversifizieren und bilaterale faire Handelsabkommen mit verlässlichen Partnern schließen, nachhaltige Partnerschaften, auch gerade im Bereich der Rohstoffe, gründen und globale Regeln z. B. im digitalen Bereich vereinbaren. 2024 finden nicht nur die Europawahlen statt. Es gibt auch Wahlen u. a. in Indien, Großbritannien und die US-Präsidentenwahlen. Alle werden Auswirkungen auf die globale Wirtschaft haben, gerade für Deutschland mit einem Offenheitsgrad zum BIP von 47 Prozent. Insofern gilt es die Aufmerksamkeit zu steigern, die Reaktionsmöglichkeiten zu schärfen und vor allem schneller in unseren Handlungsabläufen zu werden. Homeland Economics ist für uns keine Perspektive.

Bernd Lange, MdEP

Vorsitzender des Handelsausschusses im Europäischen Parlament

Geopolitik dominiert die internationalen Beziehungen. Dies hat nicht nur außen- und sicherheitspolitische Konsequenzen, sondern betrifft die ökonomische Entwicklung der Weltwirtschaft, Handelspolitik, Wertschöpfungsketten und notwendige Energie- und Rohstoffpartnerschaften. Geopolitik treibt Geoökonomie. Der vorliegende Band analysiert dieses Wechselverhältnis, seine Konsequenzen für die Globalisierung und die internationale Arbeitsteilung, seine Auswirkungen auf die Triade USA-China-Europa, die Herausforderungen für den europäischen und deutschen Wirtschaftsstandort, die Renaissance von Industriepolitik und Protektionismus und die Notwendigkeit von Reformen internationaler Institutionen.

Henrik Ahlers Kerstin Andreae Steffen Angenendt
Ansgar Baums Peter Bofinger Franziska Brantner
Michael Clauß Sebastian Dullien Christian Dürr Corinna Enders
Markus Exenberger Gabriel Felbermayr Clemens Fuest Jens Geier
Robert Habeck Julia Hammelehle Christoph Heusgen Katrin Kamin
David Kipp Anne Koch Tom Krebs Judith Kühne Jörg Kukies
Michael Landesmann Bernd Lange Johannes Lindner Stefan Löffven
Matthias Machnig Stefan Mair Margarita Mathiopoulos Simone Menne
Stormy-Annika Mildner Hildegard Müller Julian Müller-Kaler
Rolf Mützenich Omid Nouripour Ferdinand Pavel Aleksandra Peeva
Achim Post Nils Redeker Anke Rehlinger Siegfried Russwurm
Marc Saxer Thorsten Schäfer-Gumbel Nils Schmid Claudia Schmucker
Svenja Schulze Daniela Schwarzer Melanie Vogelbach
Rafael Javier Weiske Guntram Wolff Jörg Wuttke
Ines Zenke Jeromin Zettelmeyer

ISBN 978-3-8012-0676-5



www.dietz-verlag.de
€ 29,90 [D]

www.bpö.com